

Am 15. 4. 2003 wurde ein Brief (als Word-Dokument) an die E-Mail-Adresse der *Georg-Weerth-Gesellschaft e.V.* (*GWG*) geschickt. Zwar werden in dem Brief weder Verfasser noch Adressat genannt; jedoch legen manche Formulierungen nahe, dass er sich an die Unterzeichner des offenen Briefes an die Band *Surrogat* richtet (unter denen *GWG*-Mitglieder – ebenso wie auf der Hausversammlung (HV) – allerdings nur eine Minderheit stellen). Da die Absender auch ihre eigenen Namen verschweigen (unterschrieben haben sie mit „Teilnehmer/innen der Hausversammlung und vom 5. und 10. April 2003“) und weil es sich zudem um eine Angelegenheit handelt, die für alle an der *Alten Pauline* Interessierten von Belang ist, richten wir diese Antwort an die *Kulturinitiative Detmold e.V.* (*KID*) und alle Freunde der *Alten Pauline*.

Im besagten Brief wird den Unterzeichnern des „*Surrogat*-Briefes“ das Recht abgesprochen, sich als „Teil der Hausversammlung“ zu bezeichnen (mit der an sich zutreffenden Begründung, dass es auf der Hausversammlung keinen Konsens über einen solchen Brief gebe). Dabei handelt es sich bei allen diesen Unterzeichnern um Teilnehmer derjenigen Hausversammlung, auf der die Absage des Konzertes mit der Band *Surrogat* beschlossen wurde (von denen die meisten zudem auch sonst regelmäßig an Hausversammlungen teilnehmen). Es ist also eine banale Tatsache, dass die Unterzeichner des „*Surrogat*-Briefes“ ein „Teil der Hausversammlung“ sind. Warum sollten sie sich nicht als das bezeichnen dürfen, was sie nunmal sind? Und wie kommen gewisse Leute dazu, in autoritärer Manier darüber entscheiden zu wollen, wer sich als „Teil der Hausversammlung“ bezeichnen darf und wer nicht? Woher nehmen sie die Frechheit, eine solche Bevormundung mit dem „Konsensprinzip“ zu begründen, obwohl sie dafür selbst niemals einen Konsens auf der Hausversammlung haben werden? Welches Verständnis mögen solche Leute wohl von den Aufgaben und der Arbeitsweise der Hausversammlung in einem autonomen Zentrum haben? Zumindest zeigen diese Fragen, warum die Verfasser des Briefes es vorgezogen haben, anonym zu bleiben.

Desweiteren „argumentiert“ der Brief damit, „dass sich der überaus größere Teil der Hausversammlung mit den Inhalten des zur Diskussion stehenden ‚Offenen Briefes‘ (an die Band *Surrogat*, d. Verf.) nicht identifizieren“ könne. Auffällig ist zum einen, dass die Verfasser offenbar kein Problem damit haben, sich und die anderen, die den offenen Brief an *Surrogat* ablehnen, als „Teil der Hausversammlung“ zu bezeichnen – also selbst genau das zu tun, was sie den Unterstützern dieses Briefes untersagen wollen. Darüber hinaus bezeichnen sie die Gegner des „*Sur-*

*rogat*-Briefes“ sogar als den „überaus größere(n) Teil der Hausversammlung“ – dabei stellen die 15 Unterzeichner zweifellos die Mehrheit auf der HV.

In dem Brief wird eine Erklärung der Konzertgruppe angekündigt, die „der Hausversammlung zur Diskussion reingereicht“ und „an die Agentur *Powerline* und die Band *Surrogat* geschickt werden soll“. Dies ist bislang leider noch nicht geschehen. Wir fordern die Konzertgruppe aber eindringlich auf, eine solche Erklärung schnellstens zu verfassen. Das ist aus mehreren Gründen von größter Wichtigkeit für die *Alte Pauline*:

1. Dass die Band *Surrogat* eine Symbolik verwendet, mit der Nazis ihre Weltanschauung plakativ ausdrücken, kann man nicht erst wissen, seit die Plakate dieser Band in der *Pauline* angekommen sind. Denn den Plakaten ganz ähnlich ist auch das Cover ihres aktuellen Albums *Hell in Hell*. Es ist eine unverantwortliche Fahrlässigkeit der Konzertgruppe, eine Band zum Konzert einzuladen und ihr einen Vertrag zu geben, ohne sich auch nur so weit über sie zu informieren, dass man über das NS-Symbol auf dem Album-Cover stolpert.

Nun ist es inakzeptabel, eine (noch dazu vertraglich vereinbarte) Einladung zu widerrufen. Noch weniger zu akzeptieren wäre es hingegen gewesen, das Konzert stattfinden zu lassen. In dieses Dilemma, sich zwischen zwei unsäglichen Alternativen mit jeweils schwerwiegenden Konsequenzen entscheiden zu müssen, wurde die Hausversammlung erst durch besagte Fahrlässigkeit der Konzertgruppe gebracht. Der erste Grund für die Notwendigkeit einer Erklärung der Konzertgruppe ist also die (längst überfällige) Entschuldigung der Konzertgruppe bei der *KID* dafür, ihr die ganzen Schwierigkeiten eingebrockt zu haben.

2. Der zweite Grund ist, dies auch der Öffentlichkeit bekanntzumachen. Denn zu Recht fragen sich Außenstehende, wieso die *KID* ein Konzert absagt aus Gründen, die bereits zum Zeitpunkt der Einladung bestanden. Um weiteren Schaden von der *Alten Pauline* abzuwenden, ist es also notwendig, dass die Konzertgruppe auch öffentlich über diese Vorgänge aufklärt und ihre Verantwortung dafür eingesteht.
3. Die Konzertgruppe hat der *Pauline* aber nicht nur durch die unbedachte Einladung von *Surrogat* geschadet. Sondern auch danach waren es vor allem die Mitglieder der Konzertgruppe, die die Hausversammlung blockiert haben bei deren Versuch, den

Schaden in Grenzen zu halten durch eine öffentliche Erklärung der Situation, mit der eine Mehrheit auf der HV der Verantwortung der *KID* und ihrem antifaschistischen Anspruch gerecht zu werden versuchte. Die Blockierer aus der Konzertgruppe waren bislang weder bereit, einen eigenen Entwurf vorzulegen, noch den einzigen vorliegenden Entwurf in ihrem Sinne zu verändern oder um ihre Standpunkte zu ergänzen. Anstatt argumentativ dazu beizutragen, dass die *KID* zu einer öffentlichen Stellungnahme findet, die von einem Konsens auf der HV getragen wird, haben sie vielmehr die ganze Diskussion und jede Bemühung um einen Konsens und eine Stellungnahme hingehalten.

Auch damit haben sie der *Alten Pauline* schwer geschadet. Denn es ist notwendig, eine an sich inakzeptable, aber unvermeidliche Konzertabsage gegenüber der Band und ihrer Agentur zu begründen. Und wenn diese Absage aufgrund der antifaschistischen Überzeugung der Mehrheit der Mitglieder der Hausversammlung erfolgt, so muss diese Erklärung auch öffentlich sein und ihre antifaschistische Intention erklären und hervorheben. Andernfalls würde die *KID* ihren politischen Anspruch aufgeben. Deshalb ist der dritte Grund für die Notwendigkeit eines Erklärungsentwurfs von der Konzertgruppe, dass sie damit diese Blockade beendet und nicht länger faktisch (wenn auch ohne Vorsatz) versucht, der *Alten Pauline* ihre antifaschistische Grundlage zu entziehen.

Mitglieder der Konzertgruppe haben der *Alten Pauline* insbesondere dadurch geschadet, dass sie sich weigerten, überhaupt inhaltlich auf den „*Surrogat*-Brief“ einzugehen. Stattdessen haben sie versucht, den Eindruck zu erwecken, als gäbe es auf der Hausversammlung gar keine überwiegende Ablehnung des *Surrogat*-Konzertes, sondern man habe sich zur Absage nur unter dem Druck einer Minderheit genötigt gesehen, die ihren politischen Fanatismus über die Interessen der *Pauline* stelle und den anderen im Haus aufzwingen wolle. Im Einklang mit den üblichen Ressentiments gegen die *Georg-Weerth-Gesellschaft* wurde das Bild aufgebaut, die *GWG* habe durch autoritäre Verbohrtheit der *Pauline* die Probleme eingebracht. Tatsächlich trägt die Konzertgruppe (wie oben ausgeführt) die Verantwortung für das Dilemma der *KID*. Und es war nicht die *GWG*, die durch eine Intervention noch größeren Schaden von der *Alten Pauline* abgewendet hat, sondern es war die Mehrheit der Leute auf der Hausversammlung, die das Konzert aus gutem Grund verhindert haben, und von denen bloß zufällig auch manche Mitglieder in der *GWG* sind.

Die Verfasser des Briefes geben ihr Vorhaben bekannt, eine Veranstaltung zum Thema „Rechtsrock und Gegenstrategien“ durchzuführen. Zwar ist das eigentlich gar nicht ihre Idee, sondern sie haben sie von einem Mitglied

der *Georg-Weerth-Gesellschaft* übernommen – und auch das vielleicht nur, um dem Vorwurf politischer Blindheit und Verantwortungslosigkeit entgegenzuwirken, zu dem sie durch ihr bisheriges Verhalten soviel Anlass gegeben haben. Nichtsdestotrotz ist das Vorhaben löblich. Allerdings nur, wenn die genaue Formulierung des Themas – „Rechtsrock und Gegenstrategien“ – Folge einer Unbedachtheit und nicht von politischem Kalkül war. Denn eine Veranstaltung genau zu besagtem Thema würde der Situation nicht gerecht: Es geht hier nicht um Rechtsrock; nicht *Störkraft* sollte nach dem Willen der Konzertgruppe in der *Pauline* spielen, sondern *Surrogat*. Wer das Problem um die Symbolik und Metaphorik dieser Band analytisch erfassen will, kommt mit dem Begriff vom Rechtsrock, also der Musik der Nazis, nicht weiter. Sondern hier geht es um etwas anderes: um einen Nationalismus der Mitte, der sich unter anderem über die Art seines Bezuges auf die nationalsozialistische Vergangenheit ausdrückt, ohne sie offen gutheißen oder beschönigen zu wollen. In den Blickpunkt zu rücken wären revisionistische Tendenzen in der Pop- und Rockmusik und wie solche Musik ihre nationale Funktion erfüllt. Eine Veranstaltung nur über Nazi-Musik, die diese Themen notwendig verfehlen müsste und zu keinem anderen Ergebnis kommen könnte, als der Band *Surrogat* einen Persilschein auszustellen (weil sie nunmal nicht faschistisch ist), würde das Problem mit dieser Band verharmlosen und könnte auch nicht zur Klärung der politischen Hintergründe des momentanen Streits in der *Alten Pauline* beitragen. Für eine Veranstaltung jedoch, die den Intentionen und der Wirkung einer Band wie *Surrogat* wirklich auf den Grund gehen will, bietet die *Georg-Weerth-Gesellschaft* der Konzertgruppe und allen anderen Interessierten gerne ihre Zusammenarbeit an.

Die anonymen Verfasser beenden ihren Brief mit folgendem Satz: „Wir wünschen uns eine konstruktive Auseinandersetzung – konstruktiv soll auch heißen, die Arbeit innerhalb der *Pauline* nicht zu gefährden.“ Dem schließen wir uns gerne an, denn das ist auch unser Wunsch. Wir hoffen, dass bald alle in der *Pauline* – jeder auf seine Weise und gemäß seinen politischen Vorstellungen – wieder zu einer konstruktiven Zusammenarbeit finden werden. Auch diejenigen, die genau das in der letzten Zeit verhindert und die „Arbeit in der *Pauline*“ gefährdet und blockiert haben; teils aus Lethargie, politischer Fahrlässigkeit und Verantwortungslosigkeit, teils aber auch durch persönliche Diffamierung, unsachliche und böartige Vorwürfe und die Förderung infamer Gerüchte namentlich gegen die *GWG*. Gegen solche Unverschämtheiten werden wir uns auch zukünftig verwahren – nicht aus Eitelkeit, sondern im Interesse der *Alten Pauline*, in der das Gerede vom angeblichen autoritären Hegemoniestreben der *GWG* schon zu oft Vorwand oder Entschuldigung für eigene verheerende Dummheiten, grundlose Streitereien und politischen Autismus war.

Georg-Weerth-Gesellschaft e.V.